

Migrantenverbände fordern eigenes Ministerium, Quote und Wahlrecht



Von CANTALOOOP | Jammern und Wehklagen ist selten gut – und niemals nützlich. Außer natürlich, man lebt als sogenannter Migrant im besten Deutschland, das es je gab. Dann ist dies eine empfehlenswerte Vorgehensweise und zielführende Methodik, um den alteingesessenen Bürgern Rechte abzutrotzen, sich selbst Vorteile zu verschaffen – und gleichwohl sämtliche Kritik daran als rassistisch zu brandmarken.

Gemäß eigener Angaben werden Ausländer, hier vor allem jene muslimischer Provenienz, stets und ständig Opfer von Diskriminierung, Ausgrenzung und körperlicher Gewalt. Dieses Unrecht könne nicht länger akzeptiert werden. Hocherfreut berichtet deshalb der Spiegel von einer neugegründeten Initiative, die Folgendes verlangt:

„Änderungen im Wahlrecht, ein neues Ministerium, Quotenregelungen im öffentlichen Dienst: Migrantenorganisationen haben einen Forderungskatalog vorgestellt, der der Bekämpfung von strukturellem und institutionellem Rassismus dienen soll – etwa Benachteiligungen von Migranten im Bildungssystem, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Etwa 40 Organisationen unterstützen das Vorhaben.“

Schuld trägt immer die Aufnahmegesellschaft

Rassismus habe eine erschreckende Kontinuität in Deutschland, titeln unisono auch sämtliche Migranten-Sprecher. Deshalb sei umgehend ein entsprechender Expertenrat zu gründen, der die Politik dahingehend berät, Immigranten und Geflüchtete besser zu schützen. Zudem müsse Menschen, die seit mindestens fünf Jahren im Lande leben, ein Wahlrecht eingeräumt werden, selbst ohne deutschen Pass. So sieht es auch die präsentierte „Antirassismus-Agenda 2025“ vor. Passend dazu traf sich am vergangenen Mittwoch der Kabinettsausschuss gegen Rassismus und Rechtsextremismus mit Bundeskanzlerin Merkel, um ein weiteres Vorgehen zu koordinieren.

Wir sehen also; hier wird geklotzt, nicht gekleckert. Sollte dieses geplante Vorhaben zu solch einer grundlegenden Gesellschaftsumstrukturierung tatsächlich gelingen, dann dürfte sich für viele Nichtmigranten Einiges in der persönlichen Lebensführung ändern. Alldieweil absolut kein Zweifel daran besteht, dass die vereinigten bundesdeutschen Linksparteien, inklusive der CDU, diese vorgetragenen Anliegen nicht vollumfänglich unterstützen. Innenminister Horst Seehofer hat sich in einem Gespräch mit Vorzeige-Muslim Aiman Mazyek bereits aufgeschlossen gezeigt. Möglicherweise können wir uns also bald an einem neuen Migrations-Ministerium mit vielen neuen Planstellen erfreuen.